



Pressemeldung des Deutschen Hebammenverbandes

20. August 2009

Hebammen sind erbost über lapidare Antworten der Bundesregierung

Obwohl der Hebammenverband seit Jahren mehr Personal für die Kreißsäle und eine bessere Ausstattung der freiberuflich tätigen Hebammen fordert, hat die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP behauptet, dass es keine Notwendigkeit für Veränderungen gäbe.

Der Hebammenverband ist empört für die geringe Wertschätzung ihrer gesellschaftlich wichtigen Arbeit, die diese lapidare Antwort beinhaltet.

Kinderschutz muss möglichst früh beginnen. In dieser Frage scheinen sich alle politisch Verantwortlichen einig zu sein. Doch wenn es dann um die konkrete Umsetzung dieser Forderung geht entlarvt sie sich als unverbindliche Sonntagsrede. Der Hebammenverband weist seit Langem darauf hin, dass gesundes Kinderleben bereits in der Schwangerschaft beginnt. Deshalb muss bereits zu diesem frühen Zeitpunkt gut für die Mutter und ihr Ungeborenes Kind gesorgt werden. Zu den Aufgaben einer freiberuflich tätigen Hebamme gehören deshalb die Schwangerenberatung, Vorsorgeuntersuchungen, die Geburtsvorbereitung und die Geburtshilfe.

Obwohl die Geburtenrate weiter zurückgeht, steigt dennoch der Bedarf an freiberuflichen Hebammen. Durch die kürzere Verweildauer im Krankenhaus nach einer Geburt von durchschnittlich 2-3 Tagen, benötigen die Neugeborenen und ihre Mütter eine längere Betreuung durch eine ambulant tätige Hebamme im häuslichen Wochenbett. Auch die 30% Frauen, die ihre Kinder per Kaiserschnitt gebären, bedürfen nach ihrer Entlassung auch im häuslichen Umfeld noch einer intensiven Betreuung.

Die Politik schließt wider besseren Wissens die Augen vor der gesellschaftlich wichtigen Bedeutung, die Hebammen für die sensible Zeit der Familienwerdung haben: Auf den Anfang kommt es an, lautet deshalb ein Motto des Hebammenverbandes.

Und weil gerade ein guter Lebensanfang so wichtig ist fordert der Hebammenverband für jede Frau eine 1:1 Betreuung durch eine Hebamme – egal ob Zuhause oder im Krankenhaus. „Das kostet, aber Kinder- und Familiengesundheit gibt es nicht zum Nulltarif“, argumentiert Helga Albrecht, die Präsidentin des Hebammenverbandes.

Pressekontakt:

Helga Albrecht, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes

Telefon: 030 – 629 83 709

Mail: Albrecht@Hebammenverband.de

Dr. Edith Wolber, Pressestelle des Deutschen Hebammenverbandes,

Bergstr. 3 in 74909 Meckesheim, Telefon 06226 – 429400, Mail wolber@hebammenverband.de